

itischer und
gehen ist.
g, die den
der neuem,
wird, die
e deutsche
e gehalten.
alen Cha-
Anspruch

gen einen
auf allen

Besizes,
s und des

lt werden.
en Rente,
e.

Unglück-
betriebe.
ugschriften
ung keine

ichtachtung
en Reichs-
s auf eine
Mitarbeit

ll, Stadt-
Kirche und

l die Ver-
ein wenn
gemeinheit

erster Linie

gelbewusste

lung!

Stuttgart,

Stelle.

stalten

mzeitel

lei ab.

nbahner.

Calw.

uhr

ung

auch der

vorstand.

schweren

agen

rn

verkauft

genjett.



Nr. 8.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

94. Jahrgang

Veröffentlichungswort: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste halbe Seite 15 Btg. Reklamen 35 Btg. Schluss der Anzeigenannahme 9 Uhr mittags. Fernsprecher 9.

Samstag den 11. Januar 1919.

Bezugpreis: In der Stadt mit Trägerlohn Bfl. 2.25 vierteljährlich. Postbezugpreis im Orts- und Nachbortsbereich Bfl. 2.15, im Fernverkehr Bfl. 2.25. Bestellgeld in Württemberg 30 Bfl.

Zur inneren Lage.

* Es ist kein Zweifel, die Unruhen in den verschiedenen Großstädten des Reiches, in Hamburg, München, Nürnberg, Leipzig und auch Stuttgart, entspringen einem gemeinsamen Plan der Spartakusleute, die offen oder geheim von den Unabhängigen Sozialisten unterstützt werden, und dieser Plan verfolgt das Endziel, die Berliner Radikalen in ihrem Kampf gegen die derzeitige Reichsregierung zu unterstützen, und schließlich im ganzen Reich die bolschewistische Herrschaft aufzurichten. In Stuttgart sind die Spartakisten bis heute nicht über Demonstrationen hinausgekommen. Als die Regierung sah, daß ein Umsturz vorbereitet wurde, man hatte das Tagblattgebäude und das Rathaus besetzt, und die Stadtverwaltung für abgesetzt erklärt, griff sie zu wirkungsvollen Abwehrmaßnahmen. Sie versicherte sich der Stuttgarter Garnison, die sich mit der Regierung solidarisch erklärte, und zusammen mit dem Militär wurde eine Aufforderung erlassen, wonach vom 10. Januar ab Straßendemonstrationen strengstens verboten werden. Für die ordnungsmäßige Durchführung der Wahlen werde Sorge getragen werden. Da die provisorische Regierung sich zu energischem Vorgehen gegen die Unruhestifter entschlossen hatte, so sind der Minister des Innern Crispian und der Kriegsminister Fischer, die im Innern ihres Herzens den Erfolg des Putsches herbeiwünschten, zurückgetreten. Sie erklären zwar, daß sie sich nicht dem Spartakusbund angeschlossen haben, aber die Haltung der Unabhängigen weicht in keiner Weise von der gewalttätigen Art der Spartakusleute ab, und wir haben es in Berlin gesehen, daß dort die Unabhängigen die direkten oder indirekten Verbündeten der Anführer des Bruderkampfes sind. Die Radikalen befürchten eben, daß auch in Württemberg wie in Baden ihre Anschauung eine vernichtende Ablehnung erfahren wird, und deshalb möchten sie mit Gewalt die Stimme der Mehrheit des Volkes unterdrücken. Wenn das aber versucht werden sollte, dann hilft nichts als Gegenwehr, dann müssen sich die ordnungsliebenden Elemente im Volke zusammenschließen, wie es in Stuttgart geschehen ist. Eine kleine aber mächtige Minderheit unfähiger oder mittelmäßiger Köpfe, denen unser Volk seine ganze Existenz anvertraut hatte, hat uns mit ihrer unvernünftigen Politik einem aussichtslosen Krieg ausgesetzt, der zur Ueberhebung der eigenen Kraft erzeugte militaristische Geist hat uns den Zusammenbruch gebracht, wir haben jetzt genug mit der Herrschaft gewalttätiger Eliten und Minderheiten, von oben und unten, wir wollen jetzt Ordnung und Sicherheit, Schutz des Lebens und des Privateigentums, Freiheit der Meinungsäußerung und der Lebensanschauung, und deshalb muß morgen die wahre Stimmung des württembergischen Volkes durch das Wahlergebnis zum Ausdruck kommen.

Aufruf der provisorischen Regierung.

An das württembergische Volk!
Die provisorische Regierung ist beauftragt, die Eigenschaften der Revolution zu erhalten und auszubauen. Zu diesem Zweck war es ihre Hauptaufgabe, die Wahlen einer verfassunggebenden Landesversammlung vorzubereiten und zu sichern. Bei der Erfüllung dieser Aufgabe ist die Regierung fortgesetzt durch die Bedrohungen und Ueberfälle der Spartakusleute gestört worden. Diese winzige Minderheit unseres Volkes, die auch jetzt wieder mit russischem Geld arbeitet, glaubt die Zeit gekommen, die Macht erringen und den Terror in Deutschland aufrichten zu können.

Mit dem Ueberfall auf die Regierung von gestern hat sie begonnen, heute soll der Plan fortgeführt und ihre Herrschaft mit Waffengewalt und Blutvergießen aufgerichtet werden. Die Regierung hat bisher mit der größten Zurückhaltung und Geduld der Entwicklung der Dinge zugegesehen. Die Ereignisse von gestern zwingen uns aber, nunmehr mit aller Entschiedenheit zuzugreifen, um den geplanten bewaffneten Angriffen zu begegnen. Sie hat sich daher unter den Schutz der Sicherheitskommissionen gestellt und diese beauftragt, mit aller Entschie-

denheit die Entwaffnung der Ruhe- und Friedensstörer durchzuführen.

Wir brauchen Ruhe und Ordnung, wenn nicht unser Volk in den nächsten Wochen zugrunde gehen soll. Sie aufrecht zu erhalten, ist daher erste Pflicht der Regierung. Wir fordern daher alle Volksgenossen auf, uns bei dieser Arbeit in den nächsten Tagen mit allen Kräften zu unterstützen. Wenn wir Frieden haben wollen, müssen wir geordnete Wahlen und ein ruhiges Arbeiten der Landesversammlung sicherstellen. Wenn wir die Eigenschaften der Revolution wahren sollen und vor allem der Arbeiterschaft erhalten wollen, dann muß jetzt mit allen Putschversuchen unverantwortlicher Fanatiker ein Ende gemacht werden.

Dazu sind wir entschlossen und das württembergische Volk muß uns dabei helfen! Darum heraus, ihr Arbeiter, stellt euch an unsere Seite und rettet euer Werk und unser aller Zukunft!

Stuttgart, 10. Januar 1919.

Für die provisorische Regierung Württembergs: Blos.

Der Bürgerkrieg in Berlin.

Frankfurt, 10. Jan. Die „Frankfurter Nachrichten“ melden aus Berlin vom 10. Jan.: Die furchtbaren Straßenkämpfe in Berlin haben in der letzten Nacht einen nicht mehr zu überbietenden Höhepunkt erreicht. Der Schlesische Bahnhof ist nach stundenlangem Kampfe mit Maschinengewehrfeuer und Geschützen durch die Regierungstruppen zurückerobert worden. Mehrere hundert tote Spartakisten, fast alle mit Bauchschüssen, liegen im Bahnhofgebäude. Die Straße Unter den Linden ist im Besitz der Regierungstruppen. Es werden mehrfach Steilgeschütze aufgestellt, mutmaßlich um von hier aus über das Schloß hinweg das Polizeipräsidium zu beschießen. Stundenlange Kämpfe hat es im Zeitungsviertel in der Jerusalemstraße gegeben. Hier hatte es bis gestern Abend an 90 Tote und zahlreiche Verwundete gegeben. Die Döberitzer Heerstraße ist von Regierungstruppen besetzt. Für heute, spätestens morgen, ist die Verhängung des verschärften Belagerungszustandes und des Standrechtes in Berlin zu erwarten. Damit dürften die Kämpfe in ihre letzte entscheidende Phase treten.

Eine Erklärung der Regierung über den Spartakusaufbruch.

Berlin, 10. Jan. Amtlich. Der Spartakusaufbruch bricht zusammen. Die Initiative liegt fest in der Hand der Regierungstruppen. Die Aufständischen sind völlig in die Verteidigung gedrängt und vermögen auch diese nur mühsam durchzuführen. Man darf mit Sicherheit auf den Fortgang dieser Entwicklung rechnen. Das Rathaus und die Artilleriewerkstätten im Norden und Süden Spandaus sind von Regierungstruppen genommen worden. Durch ihre nicht mehr zu verkennende Niederlage auch um den letzten Rest politischer Disziplin gebracht, enthüllen sich die Spartakusleute immer mehr als gewisslose Verbrecher. So erschien am Mittwoch Nachmittag ein Auto mit bewaffneten Spartakisten in der Siemensstadt und verlangte sofortige Räumung der Geschäftszimmer und des Verwaltungsgebäudes und begann, als diese verweigert wurde, eine wüste, vollkommen einseitige Schießerei, in deren Verlauf ein Arbeiter in die Stirn und ein zweiter durch die Schlagader getroffen wurde. Beide waren tot. Eine Gewalttat verbrecherischer Art versuchte eine andere Spartakusbande in der Druckerei von Büchsenstein, die sie seit Sonntag besetzt hatte. Sie hatte den Besitzer gefangen und wollte die Arbeiter mit Gewalt zwingen, für sie Berliner Banknoten zu drucken. Die Arbeiter lehnten dieses Ansuchen ab, wie sie auch für die Dauer der Besetzung ihre Tätigkeit einstellten. Auch sonst wächst in der Arbeiterschaft der Entschluß, dem verbrecherischen Treiben der Spartakusleute unter allen Umständen und für immer ein Ende zu bereiten.

Die letzten Nachrichten aus Berlin.

Berlin, 11. Januar. Von amtlicher Seite wurde um 10 Uhr gestern Abend mitgeteilt: Die Lage ist für die Regierung äußerst günstig. Größere Unternehmungen

fanden gestern nicht statt, es kam nur zu vereinzelt Schießereien. Von den Regierungstruppen sind bisher keine Verluste gemeldet worden. Am den Besitz des Mosse-Hauses wurde gestern früh und gestern nachmittag wieder gekämpft, jedoch wurde von den Truppen nur ein mäßiges Gewehrfeuer auf das Haus abgegeben. Die „Liberale Korrespondenz“ wurde von den Spartakisten besetzt und am Erscheinen verhindert. Die Bureaus der Demokratischen Partei in der Zimmerstraße und in der Köthener Straße wurde von den Spartakisten aufgehoben. In Spandau haben die Regierungstruppen gestern einen großen Erfolg gehabt, sie haben das Rathaus genommen. Ferner konnten sie die gesamten Artilleriewerkstätten und die Gewehrfabrik nehmen. Bei diesen Unternehmungen wurden die beiden Führer der Spartakisten tödlich verwundet. Die Stimmung ist sehr zuversichtlich. Man hofft, in allernächster Zeit die Lage zu klären.

Eine bayrische Mahnung.

München, 10. Jan. Der bayrische Ministerpräsident Kurt Eisner sandte gestern folgendes Telegramm an die Reichsregierung in Berlin: Mit wachsendem Befremden verfolgen wir den mörderischen Bürgerkrieg in Berlin. Das muß ein Ende haben, wenn nicht ganz Deutschland zugrunde gehen soll. Das Beispiel Berlins wirkt überall zerrüttend und erzeugt eine Massenepidemie des Wahnsinns. Eine von dem Vertrauen des Volkes getragene Regierung, die alle Richtungen des Sozialismus zusammenfaßt und entschlossen ist, auf dem Boden der Revolution Demokratie und Sozialismus bis zum Siege durchzuführen, scheint als einzige Rettung möglich. Im Süden steigt der Zorn gegen Berlin, während zugleich dunkle Elemente auch hier zum Brudermord schreiten.

Das Wiederaufleben des Radikalismus im Reich.

(WIB.) Hamburg, 10. Jan. Die Streikenden, die sich im Laufe des gestrigen Vormittags in den Besitz des Gewerkschaftshauses gesetzt hatten, haben dieses den Sicherheitsmannschaften des A. u. S. Rats überlassen. Gestern Abend gegen 7 Uhr kam es zu einer Demonstration vor dem sozialdemokr. „Hamburger Echo“, mit dessen Redaktion die Streikenden ebensowenig zufrieden sind, wie mit den Gewerkschaftsbeamten der Freien Gewerkschaften. Es entstand ein Kampf, wobei lebhaft geschossen wurde. Die im „Hamb. Echo“ postierten Sicherheitsmannschaften der Regierung hielten das Gebäude.

(WIB.) Mülheim (Ruhr), 10. Jan. Vorgestern fanden hier große Demonstrationen der Streikenden statt, in deren Verlauf die hiesigen Zeitungen von den Spartakusleuten besetzt wurden. Der „Mülheimer Generalanz.“ erschien gestern als „Rote Fahne“, Organ der revolutionären Arbeiter Mülheims.

(WIB.) Hagen i. Westfalen, 10. Jan. Als gestern Vormittag zwei für den Ortschutz bestimmte Freiwilligenkompanien feierlich von Dahl, wo sie aufgestellt worden waren, nach Hagen zum Bahnhof geführt wurden, um dort verladen zu werden, wurden sie in der Nähe von Dolfern von der Sicherheitswache gestellt und aufgefordert, die Waffen niederzulegen. Als sie dieser Aufforderung nicht nachkamen, sollten sie gewaltsam entwaffnet werden. Sie setzten sich zur Wehr und es entstand ein hartnäckiges Gefecht, während dessen sich die Freiwilligenkompanien im Hagener Krematorium festsetzten. Die Hagener Sicherheitswache zog aus der ganzen Umgegend von den Ortsicherheitswachen Verstärkungen herbei. Ebenso wurden aus den beiden bewaffneten Arbeiter aufgebeten. Auf beiden Seiten traten Maschinengewehre in Tätigkeit. Die Zahl der Toten läßt sich noch nicht überschauen, dürfte aber wenigstens zehn betragen. Ebenso sind 40 bis 50 Verwundete zu verzeichnen. Kurz nach Mittag zogen sich die Freiwilligen über die Berge in der Richtung auf Dahl zurück. Auch in der Stadt Hagen fielen verschiedene scharfe Schüsse. Ein Teil der Freiwilligen geriet in die Gefangenschaft der Sicherheitswachen.

(WIB.) Halle a. d. S., 10. Jan. Wegen des Beschlusses des hiesigen Soldatenrats, daß die Rangabzeichen für die Offiziere und Unteroffiziere sofort abzulegen seien, ist gestern früh in den hiesigen Kazzarettten ein Streik des Sanitätspersonals ausgebrochen.

Zur Waffenstillstands- und Friedensfrage.

Belegung der Anilinfabrik in Ludwigshafen a. Rh.
(W.B.) Mannheim, 10. Jan. Die französische Heeresverwaltung hat bekanntlich die Anilinvorräte der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen a. Rh. beschlagnahmt. Der Betrieb wurde gestern durch einen französischen General einer Untersuchung unterzogen. — (Diese Werke haben die Alliierten ja schon lange gewünscht.) — Der Termin für die Wahlen zum Bayerischen Landtag in der Pfalz ist neuerdings auf den 2. Februar festgesetzt worden, während dieser im rechtsrheinischen Bayern bereits am 12. Januar stattfinden.

Die Gefahr im deutschen Osten.

Berlin, 7. Jan. Ein aus dem östlichen Teile Deutschlands zurückgekehrter Mitarbeiter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ äußert sich über die Lage im Osten wie folgt: Am Donnerstag Abend ist der letzte Zug von Berlin nach Bromberg—Thorn abgefahren. Seitdem ist die Verbindung sowohl nach Bromberg als auch nach Thorn unterbrochen. Ebenso ist eine Verbindung mit Polen unmöglich. Die Polen haben verschiedentlich versucht, den Eisenbahnverkehr zu stören, was ihnen auch bei Ratel gelungen ist, doch ist Ratel wieder in deutschem Besitz. Auch an anderer Stelle sind polnische Angriffe mit Erfolg verhindert worden. Wie unserem Mitarbeiter in Schneidemühl berichtet wurde, sind die Polen angeblich in einer Stärke von 37 000 Mann im Anmarsch auf Schneidemühl, um sich des dortigen Bahnhofs zu bemächtigen. Hierbei sollen die Polen deutsche Waffen und deutsche Munition führen. Als Zweck des Anmarsches auf Schneidemühl wird angegeben, die Verbindung zwischen Berlin und dem Osten ganz zu unterbrechen. Gegenwärtig werden die meisten Transporte von Königsberg, Danzig usw. über Schneidemühl—Landsberg gelenkt. Entgegen den vielfach umlaufenden Gerüchten stellte unser Mitarbeiter fest, daß sowohl in Thorn als auch in Graudenz völlige Ruhe herrscht. Man traut freilich den Polen nicht und weiß, daß sie eine geeignete Gelegenheit zum Putzsch nicht vorübergehen lassen. Bezeichnend ist, daß die Polen einer maßgebenden Stelle erklärt haben, in Westpreußen keine Auftragsarbeiten vorzunehmen zu wollen, da „Westpreußen ihnen doch als reife Frucht ohne ihr Zutun in den Schoß fallen würde“. Wer denkt hierbei nicht an das Wort Bismarcks: „Befreite Völker sind nie dankbar, sondern werden stets noch anspruchsvoller!“

Glogau, 10. Jan. Ueber Glogau ist der Belagerungszustand verhängt worden. Nach 10¹/₂ Uhr abends ist der Aufenthalt auf der Straße verboten. Der Soldatenrat strebt die Bildung von Garnisonsbataillonen an. Gestellungspflichtig zu diesen sind alle gedienten und ungedienten Bürger der Stadtgemeinde Glogau vom vollendeten 19. Lebensjahr bis zum 55. Jahr. Freiwillige und andere Jahrgänge sind willkommen. In einem Aufruf der Kommandantur und des Soldatenrats an die Bürgerschaft heißt es u. a.: „Schon in wenigen Tagen kann es sich entscheiden, ob Glogau deutsch bleibt oder polnisch werden soll. Helft alle, unsere geliebte Vaterstadt, Haus, Hof und Herd, Frauen und Kinder vor polnischer Macht- und Beutegier zu schützen.“

Die Friedenskonferenz der Gegner Deutschlands.

Genf, 8. Jan. Präsident Wilson hatte gestern nach seiner Rückkehr aus Italien eine längere Konferenz mit der Friedensabordnung der Vereinigten Staaten in Paris. Der Tag, an dem die gemeinsamen Verhandlungen der Ententevertreter über die Aufstellung der Friedensbedingungen beginnen sollen, wird erst festgesetzt, wenn Wilson, der sich nach Nordfrankreich und Belgien begibt, nach Paris zurückkommt. Dem „Progrès“ zufolge dürften über diese Vorbesprechungen zwischen den Großmächten noch mehrere Tage hingehen, sodas die eigentlichen Friedensbesprechungen der Gegner Deutschlands erst am 8. Januar feierlich eröffnet werden. Bei dieser Konferenz werden Frankreich, England, die Vereinigten Staaten, Italien und Japan durch fünf Vertreter, Belgien, Serbien, Griechenland, Rumänien und Portugal durch drei Abgeordnete vertreten sein. Die übrigen Länder, welche die Beziehungen mit Deutschland abgebrochen haben, erhalten zwei Vertreter.

Der „Temps“, das „Echo de Paris“ und der „Matin“ benutzen die Berliner Vorgänge der letzten Tage, um Stimmung für eine Vertagung der Friedensverhandlungen zu machen in der Hoffnung, daß der Verfall des Reiches unterdessen Separatverhandlungen mit den einzelnen Bundesstaaten möglich machen würde.

Warum die Engländer nicht demobilisieren wollen.

Amsterdam, 9. Jan. Wie das Allgemeine Handelsblatt aus London erfährt, zogen etwa 4000 Angehörige des Army Service Corps nach der Wohnung des Premierministers und legten ihm ihre Klagen die Demobilisation betreffend vor. Dieser schickte sie zum General Liebding, der ihre Klagen anhörte. Ebenso wurde eine Abordnung zum Oberbefehlshaber der Demobilisation geschickt. Dieser versprach, alles ins reine zu bringen und den größten Teil zu entlassen. Keiner der Ueberlebenden habe oder älter als 41 Jahre alt sei, solle wieder ins Ausland geschickt werden. Nach dieser Erklärung kehrten die Mannschaften wieder in ihre Quartiere zurück. In einer amtlichen Kundgebung wird mitgeteilt, daß der Premierminister die schnelle Demobilisation zum Gegenstand seiner besonderen Aufmerksamkeit gemacht habe, daß aber am Rhein, in Frankreich und in England selbst die nötigen Truppen unter den Waffen bleiben müßten, um zu verhindern, daß die

Amthliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung der Landeswahlkommission über die Verbindung von Wahlvorschlägen für die Wahl zur verfassunggebenden württembergischen Landesversammlung.

Vom 7. Januar 1919.

Bei der Landeswahlkommission sind nachstehende Verbindungserklärungen eingereicht worden:

Zunächst sind die Wahlvorschläge des Württembergischen Bauernbundes (III), des Württ. Weingärtnerbundes und Kleinlandwirte (IV) und des Vereins der Landwirte Oberschwabens (V) für verbunden erklärt worden.

Sodann haben diese Gruppe verbundener Wahlvorschläge und die Württ. Bürgerpartei (Wahlvorschlag IX) die Verbindung ihrer Wahlvorschläge zu einer Oberverbindung erklärt.

Diese Verbindungserklärungen sind von der Landeswahlkommission als gültig zugelassen worden.

Stuttgart, den 7. Januar 1919.

Landeswahlkommission:

Vorsitzender: Neuschäfer.

An die Stadt- und Schultheißenämter.

Mit dem Ersuchen, die Hebammentagbücher und Leichenschauregister ungehindert einzufinden.

Neuenbürg, den 10. Januar 1919.

Der Oberamtsarzt

Dr. Härlein, Med.-Rat.

Die Zentralkasse für Gewerbe und Handel beabsichtigt, in den nächsten Monaten Handwerkerkurse abzuhalten, und zwar für

- Gläser,
- Herrenschnneider,
- Damenschnneider und Schneidearbeiten,
- Schreiner und Glaser,
- Schuhmacher,
- Tapezierer,
- Buchbinder,
- Sattler,
- Maler,
- Kunstschlosser,
- Steinbildhauer und
- Baumhandwerkerinnen.

Näheres hierüber ist im Gewerbeblatt vom 28. Dezember 1918 Nr. 52 zu sehen.

Anmeldungen zur Teilnahme an den Kursen sind bis spätestens 15. d. Mts. an die Zentralkasse für Gewerbe und Handel in Stuttgart einzureichen.

Calw, den 9. Januar 1919.

Oberamt: Göss.

Baugewerkschule in Stuttgart.

An der Fachschule für Vermessungswesen wird der Unterricht am 9. Januar 1919 wieder beginnen. Es werden das I. und III. Semester und ein besonderer Vorbereitungskurs für die Feldmesserprüfung abgehalten werden. Im das III. Semester wird sich von Ostern bis Ende August das IV. Semester anschließen. Anmeldungen haben sofort zu erfolgen.

Schmohl.

Früchte des Sieges verloren gingen. Das deutsche Heer sei noch nicht demobilisiert und niemand könne wissen, was die Deutschen tun würden, oder ob sie den Friedensbedingungen zustimmen würden. Die Admiralität teilt mit, daß nicht die ganze Marine demobilisiert werden könne, solange die Friedenspräliminarien nicht unterzeichnet sind. Ein Teil der Flotte müsse bereitgehalten werden, um allen Ereignissen die Stirne bieten zu können, während die anderen Schiffe für die Operationen in den anderen Teilen der Welt nötig sind.

Der „Völkerbund“ als Mittel zur wirtschaftlichen Auspressung Deutschlands.

W.B. London, 10. Jan. (Draht.) Ueber die Friedenskonferenz und den Plan eines Völkerbundes veröffentlicht die „Morning Post“ ein Telegramm aus Paris, wonach die unformellen Besprechungen zwischen den leitenden Staatsmännern der Alliierten erfolgreich waren, da sie zeigten, in welchen Punkten die Ansichten der Alliierten übereinstimmen und in welchen sie auseinandergehen. Es dürfte sich zeigen, daß die wirtschaftliche Seite eine sehr wesentliche Rolle bei dem Plan eines Völkerbundes spielen wird. Man ist der Meinung, daß der Völkerbund das beste Mittel sein würde, um eine angemessene Entschädigung von Deutschland zu erlangen, ohne daß die Alliierten die deutsche Industrie zu stützen brauchen. Es wird vorgeschlagen, daß die Alliierten alle Rohstoffe unter ihre Aufsicht bringen und die Preise für die alliierten und befreundeten Nationen festsetzen sollen. Für Deutschland könnten höhere Preise festgesetzt werden. Der Preisunterschied würde dann zur Abzahlung der deutschen Entschädigungssumme dienen. Diese Gruppe associierter Mächte, die die wirtschaftlichen Bedingungen festsetzt, würde sich schließlich in einen Völkerbund verwandeln. Es wird betont, daß ein solches System dem Bedürfnis entsprechen und eine mächtige Hilfe als internationale Polizei macht darstellen würde, da es dadurch ermöglicht sein würde, Mißsetzern eine finanzielle und wirtschaftliche Blockade aufzuerlegen, die den Gebrauch bewaffneter Gewalt überflüssig machen würde.

Zur Zurückziehung der Japaner aus Sibirien.

(W.B.) London, 9. Jan. (Reuter.) Die teilweise Zurückziehung der japanischen Truppen aus Sibirien hat, wie dem Reuterschen Bureau mitgeteilt wird, keinen Einfluß auf die japanische Politik in Sibirien. Die Anwesenheit von Nichtkombattanten sei nur in Anbetracht der Kälte für überflüssig erklärt worden. — (Ob die Sache so harmlos ist?)

Bermischte Nachrichten.

Das badische Wahlergebnis.

Karlsruhe, 7. Jan. Das Ergebnis der Wahlen zur badischen Nationalversammlung hat sich nach endgültiger Feststellung und Zählung der Stimmen insofern geändert, als in Mannheim die Sozialdemokratie auf Kosten der christlichen Volkspartei und in Freiburg die Demokratie auf Kosten des Zentrums einen Sitz mehr erhielt. Das endgültige Resultat ist somit, daß in der badischen Nationalversammlung vertreten sein werden das Zentrum mit 40 Mitgliedern, die Sozialdemokraten mit 36, die Demokraten mit 25 und die christliche Volkspartei mit 6 Mitgliedern.

Die elsass-lothringische Gewerkschaftler.

Genf, 7. Jan. Die Konferenz der elsass-lothringischen und französischen Gewerkschaftsarbeiter ist gestern Abend zum Abschluß gelangt. Der Deputierte Albert Thomas nahm vorübergehend an der Aussprache teil. Der frühere Meher Reichstagsabgeordnete W. T. wirkte als Dolmetscher. Am Sonntag Abend erschien in der Versammlung auch der Vertreter der christlichen Gewerkschaften Amman, und stellte den Antrag auf Aufnahme seines Verbandes und der ihm zugehörigen Unterstützungsliste in den französischen Gewerkschaftsverband. Der Vertreter der französischen Gewerkschaften unterstützte diesen Antrag, der auch angenommen wurde, obwohl die französischen Gewerkschaftsführer durch ihn in die größte Verlegenheit veretzt wurden angesichts der scharfen antikerikanischen Richtung des französischen Sozialismus. Die Konferenz beschloß die Teilung des elsass-lothringischen Regionalverbandes in drei Lokalverbände für Elsass-Lothringen: Unter-Elsass, Ober-Elsass und Lothringen. Der Regionalverband wird ein gemeinsames Verbandsblatt herausgeben, das in deutscher Sprache abgefaßt wird, aber auch Artikel in französischer Sprache enthalten darf, bis die Einrichtung eines besonderen französischen Beiblattes möglich wird.

Die Lebensmittellieferungen der Entente an D. Oesterreich.

(W.B.) Wien, 9. Jan. Meldung des B. Korr.-Büros: Vom Staatsamt für Volksernährung wird mitgeteilt: Unter Teilnahme der Mitglieder der interalliierten Lebensmittellieferantenkonferenz, Vertreter der Staatsministerien des Kuegens und der Finanzen, Vertreter der Gemeinde Wiens und Mitglieder des Direktoriums des Staatsamtes für Volksernährung wurden nachmittags im Staatsamt für Volksernährung unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Löwenfeld die Beratungen über die Deutsch-Oesterreich zu gewährenden Lebensmittelaushilfe fortgesetzt. Dr. Taylor gab im Namen der interalliierten Lebensmittellieferanten die Erklärungen ab, daß von den Alliierten Deutsch-Oesterreich vorläufig insgesamt 24 000 Tonnen Getreide, 2000 To. Fett, 750 To. kondensierte Milch zur Verfügung gestellt werden. Hierin sind die bisher schon zugesagten 8000 Tonnen Getreide, welche aus Italien schon im Anrollen sind, inbegriffen. Die weitere Versorgung Deutsch-Oesterreichs wird, wie Taylor in Aussicht stellte, noch im Laufe des Januar Gegenstand der weiteren Beratungen bilden, die voraussichtlich in Paris geführt werden.

Die Arbeiterbewegung in England.

London, 9. Jan. Auf der Minensuchstation Nosthly weigerte sich die Mannschaft einiger Schiffe, in See zu gehen. Sie verlangten, daß das Minensuchen von der Marine übernommen werde und daß sie entlassen würden, um zu ihrer früheren Arbeit zurückkehren zu können. Die Admiralität hat die Absicht, die Freiwilligen so rasch als möglich zu entlassen.

London, 9. Jan. (Reuter.) Anlässlich des Streites wegen der 47stündigen Arbeitswoche ist es im Maschinenbau- u. Schiffsbaubetrieb zu ersten Schwierigkeiten gekommen. Die größten Schwierigkeiten sind an der Nordostküste entstanden, wo 10 000 Mann gestern als Protest gegen diesen Plan die Arbeitsstätten verließen. Die Mieter und andere Arbeiter auf den Werften in Nosthly haben die Arbeit niedergelegt. Auch die Kesselmacher und die Arbeiter in einigen Maschinenfabriken sind in den Ausstand getreten.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 11. Januar 1919.

Reiseerlaubnischeine.

Seit Anfang d. J. hat sich die Eisenbahnverwaltung aus verschiedenen Gründen zur Einführung von Reiseerlaubnischeinen entschlossen. Daß eine derartige Maßregel nötig geworden ist, wird im allgemeinen eingesehen werden. Dagegen ist es nicht verständlich, warum in Württemberg diese einschneidenden Maßnahmen durchgeführt werden und nicht auch in unserm Nachbarland Baden. In letzterem Lande müssen doch die Verhältnisse ähnlich liegen wie bei uns. Nun werden in Baden auf allen Stationen Fahrkarten nach Württ. Stationen ausgegeben, was zur Folge hat, daß die Grenzbevölkerung von Baden sich jederzeit in Württ. Gebiet begeben können, wir aber nicht in badische Orte. Die Bewohner Württembergs sind also im Verkehr mehr gehemmt als die von Baden. Die Bewohner der bad. Grenzorte